

24. bundesweites Treffen des ABSP

Ort: Peine

Datum: 7.6.08

Beginn: 12 Uhr, Ende: 17 Uhr

Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Protokoll, Moderation)
2. Berichte aus den Städten
3. Anhörung und Kundgebung am 16.6. in Berlin
4. Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern
5. Begleitschutz/Zahltag
6. Verschiedenes

1. Formalia

Moderation Edgar

Protokoll: Helmut und Edgar

Tagesordnung angenommen

An dem Treffen nahmen Mitstreiterinnen aus Braunschweig, Bremen, Dresden, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Karlsruhe und Peine teil.

2. Berichte aus den Städten

Nach wie vor sind in mehreren Städten Montagsdemos aktiv. Alle Berichtersteller stehen in ihren Städten im Kampf gegen die Praxis von Hartz IV.

Auseinandersetzungen gibt es um die ersten Privatisierungen von ARGE. So will in Braunschweig z.B. die Kommune einen Festbetrag bestimmen, den die ARGE pro „Fall“ erhalten soll. Fällt der Fallaufwand dann tatsächlich geringer aus, bleibt der Überschuss bei der privaten ARGE, auf Verlusten bleibt sie ohne Ausgleich sitzen. Es ist unschwer vorzustellen, wie die private ARGE dann mit ihren „Fällen“ umgehen wird.

In den Städten gibt es vielfältige unterschiedliche Initiativen zum Begleitschutz, diese Initiative ist sehr erfolgreich, sie weitet sich aus, auf der ABSP Homepage finden sich nähere Informationen.

Bezüglich der Bedingungen bei Demonstrationen berichtet Bremen von seiner Initiative, eine namentliche Kennzeichnungspflicht für Polizisten durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Amnesty International die Informationen zu allen Vorfällen von Polizeiübergreifen sammelt.

Soweit es möglich ist, soll das ABSP die Demonstration am 20. Juni vor der CSU-Bezirkszentrale in Nürnberg und am 21. Juni in München "Rettet die Versammlungsfreiheit!"

http://www.verdi.de/muenchen/aktive_gruppen/kampagne_rettet_die_grundrechte unterstützen.

Als Unterpunkt wurde eine aktuelle Diskussion zu den Tafeln eingeschoben.

Führen Tafeln zu einer sozialen Hängematte? Befördern die Tafeln eine Versorgungsmentalität? Ist es so, dass Erwerbslose „Luxusgüter“ kaufen können, weil sie mit Hilfe der Tafeln die Ausgaben für Ernährung einsparen können? „Kaufen Flachbildschirme, weil fürs Essen ist schon gesorgt“!?

In der Diskussion wurde besonders gewarnt, dass Ausnahmefälle nicht benutzt werden dürfen, alle Erwerbslosen anzuschwärzen. Auch Ausnahmefälle ändern an der Situation „Armut per Gesetz“ nichts.

Die akute Gefahr durch die Vertafelung besteht darin, dass der Druck erhöht wird, die Regelsätze zu kürzen, wenn denn Leistungen als Almosen über die Tafeln bereits bezogen werden können. Soziale Rechte werden durch Almosen untergraben, nach Verlust ihrer Rechte sind Erwerbslose noch viel stärker abhängig und manipulierbar; es droht eine Entwicklung zum Almosenstaat. Alles, was durch Almosen beigesteuert wird, kann an staatlicher Unterstützung gestrichen werden.

Soll das ABSP ein Aufklärungsflugblatt zu den Tafeln erstellen?

Wäre sinnvoll, eventuell mit Darstellung der dahinter liegenden Prozesse und Interessen.

3. Aktion in Berlin anlässlich der Anhörung in Berlin zu den Regelsätzen am 16.6.

ABSP und BAG-SHI organisieren gemeinsam mit den Berlinern die Aktion; Busse aus Dresden und Peine werden erwartet.

Das ABSP unterstützt einstimmig den Aufruf der AG Soziales Berlin.

4. Plattform für die Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern

Das 23. bundesweite Treffen des ABSP in Aschersleben hatte den Kokreis beauftragt, den Abschluss einer Bündnisplattform zum 1. Mai 2008 zu unterstützen und mit herbeizuführen. Eine Bündnisplattform mit der Forderung der Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern konnte zum 1. Mai auf den Weg gebracht werden.

Diese Plattform ist das Ergebnis der Anstrengungen des ABSP, für seine Forderung „Regelsatzerhöhung jetzt!“ ein breites gesellschaftliches Bündnis aufzubauen. Das Bündnis und seine Plattform konzentriert sich dabei auf die Rücknahme der Kürzungen bei Schulkindern, der alle Bündnisteilnehmer zustimmen können, und fordert gleichzeitig die Erhöhung aller Regelsätze.

Ziel ist es, der Erhöhung der Regelsätze politischen Antrieb dadurch zu verschaffen, dass die Regierung durch das Bündnis gezwungen werden kann, eine willkürliche Kürzung zurück nehmen zu müssen.

Die Plattform fordert also keine bestimmte Regelsatzhöhe als die einzig richtige, sondern fordert die Rücknahme einer unbegründeten willkürlichen moralisch verwerflichen Kürzung bei den Schulkindern. Dem ABSP ist auch

bewusst, dass nach Rücknahme der Kürzungen immer noch kein einigermaßen angemessener Kinderregelsatz entsteht. Ein Durchbruch der sozialen Bewegung an dieser Stelle schwächt aber den Widerstand gegen Verbesserungen zugunsten der Erwerbslosen und fällt weiteren Kürzungsplänen politisch in den Rücken.

Alle Forderungsansätze der Sozialen Bewegung werden gestärkt, wenn die Bundesregierung zur Rücknahme der Kürzungen gezwungen werden kann.

Genaue Erklärungen zu den Zusammenhängen der Kürzungen finden sich in der Broschüre von Rainer Roth „Fördern durch Kürzen?“ In der bevorstehenden neuen Auflage dieser Broschüre wird darauf hingewiesen werden, dass das Prinzip, Kinder angemessen höher zu versorgen, das bei der Bundesregierung in „Vergessenheit“ geraten ist, in Deutschland bereits vor 200 Jahren anerkannt und angewandt wurde.

Die Plattform wurde von den Teilnehmern des 24. bundesweiten Treffens des ABSP einstimmig bestätigt.

5. Begleitschutz/Zahltag

Schluss mit der Ämterschikane! Die Aktion Begleitschutz/Zahltag hat sich bewährt! Sie wird in unterschiedlicher Stärke in vielen Städten praktiziert.

Sie soll aber, sie muss weiter ausgebaut werden. Näheres auf der Homepage des ABSP, auf der sich auch der Link zur Aktion „Gesucht wird die deutsche Fabienne“ der „Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera“ findet.

Die Ausarbeitung eines Fragebogens, welchen Betroffene in kurzer Zeit ausfüllen können (für sie anonym!) und welcher es erlaubt, Informationen über die Arbeit einzelner Sachbearbeiter und ihr Verhalten gegenüber den Betroffenen zu sammeln, so dass sich die Spreu vom Weizen trennt, ist noch nicht abgeschlossen und wird noch ca. 4 Wochen dauern. Für das ABSP ist das o.k.

In Bremen werden Workshops zur Vorbereitung auf Begleitschutz bzw. Beistand angeboten. Es geht um Vorbereitung darauf, wie

- der Beistand sich verhält,
 - der Beistand die Stimmung beruhigt,
 - er ist die moralische Unterstützung,
 - er ist den Weisungen des Betroffenen unterworfen,
 - er ist nicht den Weisungen der Behördenmitarbeiter unterworfen.
- Der Beistand ist ein Recht des Betroffenen, dass durch die Behörde nicht eingeschränkt werden kann. (§ 13, Absatz 4, SGB X).
- er schreibt auf.
 - er bespricht das Gespräch sofort vor der Tür mit dem Betroffenen

Ziel: eine Kultur, dass keiner alleine zur Behörde geht. Schließlich geht auch im Geschäftsalltag von Unternehmen niemand alleine zu einem wichtigen Termin.

Das Gespräch bei der Behörde ist für jeden Betroffenen ein wichtiger Termin!

Alle Papiere, die unterschrieben werden sollen, können mitgenommen werden (EGV und anderes). Mit diesen Unterlagen kann eine Beratungsstelle aufgesucht werden.

Der Begleiter schweigt im Normalfall, weil alles zu zweit ruhig und gut läuft.

6. Verschiedenes

-Klimacamp: beim Klimacamp geht es um ein Nachfolgeprojekt zu dem G8-Camp bei Rostock und Heiligendamm im Juni 2007 in Hamburg vom 15. -24. August 2008. Und weiter: „Der Klimawandel ist eine nicht mehr abzustreitende Tatsache. Wir wollen nicht nur darüber reden, sondern etwas dagegen tun!“ Zur Planung fand ein Vorbereitungstreffen in Hannover statt, an dem Edgar und Peter Grottian teilgenommen haben. Aufruf zum Klimacamp: durch Kokreis verabschiedet, da der Text nicht vorliegt. Die Anwesenden sind damit einstimmig einverstanden.

-Europäisches Sozialforum 2008: Vom 17. bis 21. September wird das Europäische Sozialforum (ESF) in Malmö (Schweden) stattfinden. Viele Organisationen wie attac Deutschland und andere unterstützen einen gemeinsamen Aufruf. Da der Aufruf text nicht vorliegt, soll auch über die Unterstützung dieses Aufrufes der Kokreis entscheiden.

-In Irland findet als einzigem Land eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag“ statt. Seine Inhalte sind weitgehend identisch mit dem Verfassungsvertrag, der seinerzeit von Frankreich und Holland per Abstimmung abgelehnt wurde. Der „Reformvertrag“ schreibt gravierende soziale Nachteile fest. Das ABSP unterstützt ein irisches „Nein“ und informiert darüber in seiner nächsten Rundmail.

-Hartz IV-Verschärfung: Der bekannt gewordene Referentenentwurf beginnt mit der Lüge, die Zahl der Erwerbslosen sei zurückgegangen. Deshalb verlangen wir die Veröffentlichung der richtigen Zahlen, schätzungsweise sind es 8 bis 10 Millionen. Treffen zu den Verschärfungen nach dem 16.6. bei KOS in Berlin. Wie können wir da vorgehen, wie spitzen wir das zu? Ein Weg ist, die Öffentlichkeit gegen die Lügen (z.B. auch Kranke werden zum Stichtag nicht gezählt) zu mobilisieren. Es sind Vorschläge des ABSP dazu zu erarbeiten, die zum Treffen vorgelegt werden. Dazu wurde eine Redaktions AG gebildet: Bernd (Dresden), Dennis (Braunschweig), Frank und Hans-Dieter (Bremen) und Edgar. Bremen will die Argumentation zur Eingangslüge beisteuern.

-Unterstützung der Demonstration am 8.11.2008 in Berlin: das ABSP verbreitet die Informationen dazu, ruft aber nicht dazu auf, sondern überlässt den einzelnen Initiativen jeweils die Entscheidung.

-Das nächste bundesweite Treffen des ABSP soll am 2. oder 9. August in Nordhausen bzw. Leipzig stattfinden.